

12/SW-27 ME
1016 WIEN, 19. Feb. 1990
JUSTIZPALAST

Betrifft GESETZENTWURF
Zu: 1. GEZ 90
Datum: 21. FEB. 1990
Verteilt 22.2.90 1. Lief.

VEREINIGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN RICHTER

STELLUNGNAHME

=====

zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserbautenförderungs-gesetz 1985 (WBFG 1985) geändert wird:

Das WBFG 1985 bietet dem Bund im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung die Möglichkeit, auf die Wasserwirtschaft fördernd und lenkend einzuwirken. Die rechtliche Ordnung der dabei auftretenden Probleme und Konflikte wird demgegenüber im WRG 1959 geregelt. Solche Probleme und Konflikte werden unabhängig davon, welchen Zielen auch immer die staatliche Förderung dient, nicht zu vermeiden und im Rahmen der Bestimmungen des WRG 1959 zu lösen sein. Während Streitigkeiten nach dem WRG 1959 beinahe die Arbeitskraft eines ganzen Senates des Verwaltungsgerichtshofes in Anspruch nehmen, hat den Gerichtshof bisher das WBFG 1985 noch nie beschäftigt. Die aus dem Entwurf der vorliegenden Novelle zum WBFG 1985 ersichtlichen neuen Zielvorstellungen des Gesetzgebers werden positiv beurteilt.

Zu § 2 Z. 9: Danach gelten als Aufgaben der landeskulturellen Wasserwirtschaft Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung und Verbesserung des Bodenwasserhaushaltes und des flächenhaften Wasserrückhaltes sowie zum Schutz gegen Bodenabtrag in der land- und forstwirtschaftlich genutzten und betreuten Landschaft. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen zur Erreichung der von der Novelle verfolgten Ziele werden aber wohl darüber hinaus auch in der land- und forstwirtschaftlich nicht genutzten und betreuten Landschaft erforderlich sein und entsprechend gefördert werden können.

Wien, am 19. Feber 1990